Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 164. Dienstag, den 16. Juli 1918. 25. Jahrg.

Der Ausklang.

Der Reichstag ist am Sonnabend in die Ferien gegangen, um im Spätherbst, Anfang November, seine Arbeit wieder aufzunehmen. Der Hauptausschuß will in den ersten Oktoberwochen wieder zusammentreten. Da der Reichstag nicht geschlossen, sondern nur vertagt wird, bleibt die Möglichkeit seiner frühern Einberufung durch den Präsidenten offen.

Präsident ist jetzt Fehrenbach, dem eine stärkere Entschlußfreudigkeit zuzumuten ist als dem verstorbenen Kaempf, ihm ist in der Person Scheidemanns auch ein sozialdemokratischer Stellvertreter beigegeben. Hoffentlich darf man jetzt also mit mehr Vertrauen als frühre an die Möglichkeit denken, daß die

Notwendigkeit einer unvorhergesehenen Tagung

des Reichstages nicht nur eintreten, sondern auch vom Präsidium anerkannt werden würde. Die Notwendigkeit einer unvorhergesehenen Tagung kann sich auch aus den verschiedensten Anlässen ergeben vor allem dadurch, daß Friedensverhandlungen eingeleitet würden. Leider sind die Aussichten in dieser Beziehung sehr gering, und man wird damit rechnen müssen, daß das Deutsche Reich parlamentarisch ziemlich tief in das fünfte Kriegsjahr hineingleiten wird.

Der Gesandtenmord von Moskau und die Kühlmann-Krise haben die öffentliche Aufmerksamkeit von dem ungeheuren Steuerwerk stark abgelenkt, das vom Reichstag erst in den Ausschüssen gründlich beraten, dann aber recht hastig im Plenum unter Dach und Fach gebracht worden ist. Denkt man daran, welche Aufregung und welche politischen Kämpfe in frühern Zeiten verhältnismäßig kleine Steuervorlagen hervorriefen, so will es einen fast ein Wunder dünken, daß jetzt Vorlagen, die die

Riesensumme von 4000 Millionen

erbringen sollen, abgesehen von etwas Börsenlärm, in aller Ruhe erledigt worden sind.

Der sozialdemokratischen Fraktion ist es gelungen, die Vorlagen der Regierung nach der Seite der Besitzbesteuerung hin stärker auszubauen, nicht aber die ungeheuerliche Belastung aller Bedarfsgegenstände durch die Umsatzsteuer und die Verteurung der Getränke durch Steuern und Branntweinmonopol zu verhindern. Die Partei ist ihrem alten Grundsatz treu geblieben, Steuern auf den Reichtum anzunehmen und

Steuern auf die Armut abzulehnen.

Die Gesamtheit der Steuervorlagen ist also nicht durch die Mehrheit angenommen worden, die man gemeinhin als die Reichstagsmehrheit zu bezeichnen pflegt. Es hat sich auch hier gezeigt, daß die Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien der Mehrheit nur so weit geht, als sie es im Interesse der Wähler für unbedingt notwendig hält, aber keinen Schritt weiter.

Die Folgen der angenommenen Steuervorlagen für unser gesamtes wirtschaftliches Leben werden tief einschneidend sein. Aber in dieser Zeit kommt eben eins zum andern: im Verhältnis zu den Wirkungen des Krieges im allgemeinen auf die Wirtschaft sind selbst die Wirkungen einer 4-Milliarden-Steuervorlage verhältnismäßig klein. Man schickt sich in das Unvermeidliche, fatalistisch, ohne zu wissen, was daraus wird.

Es ist verständlich, daß das Interesse an den großen politischen Auseinandersetzungen das Interesse an den Steuervorlagen zurückdrängte. Denn hier wurde die Frage erörtert, die alle andern quälenden und bedrückenden Einzelfragen umfaßt und in sich einschließt: die Frage,

wann und wie das Ende

zu finden sei.

In der letzten Sitzung des Hauptausschusses ist der Reichskanzler, von der Sozialdemokratie gedrängt, in seinen Erklärungen über Belgien etwas deutlicher geworden. Er versicherte, daß nicht die Absicht bestehe, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Belgiens anzutasten.

Wird Belgiens Selbständigkeit und Unabhängigkeit wiederhergestellt, so muß Belgien selbst entscheiden, ob es sich nach Osten oder nach Westen orientieren will. Will man verhindern, daß ein Land, das in diesem Kriege unser Aufmarschgebiet gewesen ist, in einem nächsten Krieg das Aufmarschgebiet der Gegner werde, so strebe man nach einem Frieden, der die Wiederkehr einer Weltkatastrophe wie der gegenwärtigen ausschließt. Will man den wirtschaftlichen Einfluß Deutschlands aus einem Lande nicht ausschalten lassen, so sorge man dafür, daß

überall die Gleichberechtigung

im wirtschaftlichen Wettbewerb durchgeführt wird.

Die Sozialdemokratie ist den bisherigen Richtlinien ihrer Politik treu geblieben, sie bekennt sich durch Zustimmung zu den Kriegskrediten erneut zur Landesverteidigung, sie ist bereit, mit andern Parteien zusammenzugehen, soweit ihr das ihre eignen Ueberzeugungen gestatten, aber sie bringt keine Opfer des Intellekts und hält mit ihrer Kritik nicht zurück. Als Vertrauensverhältnis kann also ihr Verhältnis zu der Regierung nach allem Geschehenen durchaus nicht bezeichnet werden.

Die deutsche Sozialdemokratie und die interalliierten Sozialisten.

Zur Frage der internationalen Konferenz.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hat am 26. Juni dem Genossen Branting folgendes für den Genossen Huysmans, als Sekretär des Internationalen Bureaus, bestimmtes Schreiben gesandt:

Werter Genosse Huysmans!

Ihr Brief vom 10. März ds. Js., den Genosse Branting am 29. April an uns absandte, ist erst am 3. Juni in unseren Besitz gelangt. Wir hatten gerade wenige Tage vorher von anderer Seite den authentischen Text des Memorandums in englischer Sprache erhalten.

Was nun die Einberufung einer internationalen Sozialistenkonferenz nach einem neutralen Lande anbetrifft, so sind wir bereit, an einer solchen teilzunehmen, wie wir während des Krieges zu jeder Zeit bereit waren, die Bestrebungen zu unterstützen, die auf eine Zusammenkunft der Vertreter der sozialistischen Parteien abzielten.

Wir halten es für selbstverständlich, daß der Zutritt zu dieser Konferenz den Vertretern aller sozialistischen Parteien offen stehen muß. Insbesondere nehmen wir an, daß die Vertreter der amerikanischen Sozialisten, die auf den letzten Kongressen der Internationale stets anwesend waren, eingeladen werden.

Einverstanden sind wir damit, daß die Konferenz nur unter Leitung von Sozialisten neutraler Länder tagen kann, weil nur so jeder Schein der Parteilichkeit vermieden werden kann.

Ihr Brief wünscht nun weiter, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands öffentlich eine Erklärung über ihre Friedensbedingungen abgibt. **Die deutsche Partei hat solche Erklärungen bereits mehrfach abgegeben.** Sie hat sich durch ihre Redner im Reichstag und in öffentlichen Aufrufen **stets zu einem Verständigungsfrieden bekannt,** der **ohne Annexionen** und **ohne Kontributionen** auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker abgeschlossen werden soll. Die Stockholmer Delegation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in ihrem Ihnen bekannten Memorandum zur Friedensfrage eingehend Stellung genommen. Der Würzburger Parteitag hat dieses Memorandum gebilligt. Wir haben keine Ursache, uns von den in Stockholm gegebenen, der Oeffentlichkeit in ihrem Wortlaut übermittelten Erklärungen loszusagen.

Im übrigen halten auch wir es für selbstverständlich, daß auf der geplanten Konferenz keine Partei majorisiert werden darf. Die Konferenz kann nur dann Erfolg haben, wenn es gelingt, eine Verständigung herbeizuführen.

Was endlich die Stellung der Partei zu den Ostfragen betrifft, so haben Sie gewiß in den seit Absendung Ihres Briefes vergangenen Monaten aus den Berichten über die Verhandlungen im Reichstag ersehen, daß die sozialdemokratische Partei bei diesen Verhandlungen ihre sozialistischen Auffassungen mit Entschiedenheit vertreten hat.

Indem wir Ihren Bemühungen um das Zustandekommen einer internationalen sozialistischen Konferenz einen guten Erfolg wünschen, bleiben wir

mit sozialistischen Grüßen

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

gez. Hermann Müller.

Eine Abschrift dieses Briefes ist auch dem Genossen Troelstra übersandt worden.

Was der Krieg bringt.

Im Kampf um Reims.

WTB. **Berlin, 15. Juli, abends. (Amtlich.)**

Südwestlich und östlich von Reims drangen wir in Teile der französischen Stellungen ein.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 15. Juli. (Amtlich.)

An den Gebirgsfronten ist beiderseits die Artillerietätigkeit andauernd lebhaft.

Die deutsch-englischen Verhandlungen über den Gefangenen-Austausch abgeschlossen.

Nach einer **Meldung** aus dem Haag sind die Verhandlungen zwischen **Deutschland** und England so gut wie abgeschlossen. Sie haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Die Delegierten werden voraussichtlich heute abreisen können. Die Ratifizierung soll so rasch wie möglich erfolgen, so daß mit dem Gefangenenaustausch bereits in den nächsten Wochen begonnen werden kann.

Der Friedensgedanke marschiert.

Der französische Metallarbeiterverband nahm auf seinem Kongreß eine Tagesordnung an, in der erklärt wird, die Arbeiter würden ihre Pflicht gegenüber den Millionen Menschen, die seit Jahren die grausame Bürde des Krieges tragen, nicht vergessen. Der Verband sei entrüstet darüber, daß von der Regierung Friedensmöglichkeiten vernachlässigt worden seien und über die durch die Machenschaften einer gewissenlosen Geheimdiplomatie hervorgerufene Beunruhigung, die die Arbeiterschaft in Ungewißheit über die Kriegsziele Frankreichs und der Entente lasse. Der Kongreß verlangt eine internationale Aktionsfreiheit und erklärt, daß der Friede auf folgender Basis geschlossen werden müßte: Keine Annexionen und keine Entschädigungen und Selbstbestimmungsrecht der Völker. Zwecks Herstellung eines solchen Friedens spricht sich der Verband für ein möglichst baldiges Zusammentreffen auf einer internationalen Konferenz aus.

Die Aussichten einer Internationalen Sozialistenkonferenz.

In einer Rede in Northampton erklärte Henderson, daß fünf Antworten auf das Memorandum der Entente-Arbeiterkonferenz eingelaufen seien. Die bulgarischen Sozialisten stimmten fast für alle Punkte, machten aber betreffs Mazedonien Vorbehalte. Die ungarischen Arbeiter sandten der Stockholmer Kommission eine Darlegung ihrer Politik, die viele Aehnlichkeit mit dem Entente-Memorandum habe. Die österreichischen Sozialisten erklärten das Memorandum als geeignete Grundlage für eine Diskussion. Sie sprechen sich für einen Föderativstaat Oesterreich-Ungarn und einen Zusammenschluß der Balkanstaaten aus, verwerfen die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest und sind der Ansicht, daß die Probleme Elsaß-Lothringen, Italien, Polen, Türkei und Kolonien den Wünschen der Bewohner entsprechend gelöst werden müssen.

Die Antwort der deutschen unabhängigen Sozialisten bewege sich auf dem Boden des Memorandums. Die deutschen Mehrheitssozialisten versuchten, ihre Antwort durch Troelstra zu senden. Dies gelang nicht, aber aus einem Auszug der Antwort geht hervor, daß sie bereit sind, auf Grund der von neutralen Sozialisten in Stockholm vorgebrachten Vorschläge an internationalen Verhandlungen teilzunehmen. Nach den gegangenen Informationen scheinen sie so gut wie alle Punkte des Entente-Memorandums anzunehmen und sogar bereit zu sein, die Frage der Neutralisierung am Kriege zu besprechen, ebenso auch die Frage Elsaß-Lothringens, für die sie eine freundschaftliche Lösung für möglich halten. Sie betonten die Notwendigkeit einer Wiederherstellung Belgiens und auch des Völkerbundes.

Henderson meinte, daß diese Antworten die Abhaltung einer internationalen Konferenz rechtfertigen.

Die Lage in Rußland.

Moskauer Zeitungsmeldungen lassen darauf schließen, daß man in diesen Kreisen der Auffassung ist, daß England einen ernsten Schlag gegen das revolutionäre Rußland plant. Man ist der Ansicht, daß Rußland sich am Vorabend eines russisch-britischen Krieges befindet. In Petersburger Zeitungen wird der Gedanke erörtert, mit Deutschland einen Bündnisvertrag zu schließen.

Die Lage ist also — selbst wenn man die Meldungen als zu schwarz ansieht — sehr ernst. Denn daß die Entente versuchen wird, Rußland für seinen Abfall zu strafen, und den Mittelmächten neue Schwierigkeiten im Osten zu schaffen, ist klar. Es fragt sich nur, ob die Entente heute noch in der Lage ist, ihre Pläne in dem Maße durchzuführen, daß sie erfolgversprechend sind.

Der Petersburger Korrespondent des „Secolo" telegraphiert: In den unmittelbar bevorstehenden Friedensverhandlungen mit Rußland werde **Finnland der Hauptteil von Karelien abgetreten werden. Außerdem erhalten die Finnen durch den Friedensschluß die Berechtigung, gegen die Halbinsel Kola vorzudringen, um die Alliierten von der Murmanküste zu vertreiben.**

Ueber Nord-Norwegen wird der „Vossischen Zeitung" berichtet: Nach in Alexandrowsk eingelaufenen Nachrichten soll General Kiggel zum Befehlshaber über die von Murman aus operierenden alliierten Streitkräfte ausersehen sein. In Alexandrowsk sind

drei weitere britische Transporte

eingelaufen, die außer zwei Regimentern Territorialer mehrere Schwadronen, sowie sechs Feldbatterien an Bord hatten. In Kandalaksch, Kem und Paradwsk sind

öffentliche Werbebureaus

errichtet, die der örtlichen Bevölkerung bei Eintritt in die alliierten Truppen 150 Rubel per Mann versprechen. Bisher soll die Anwerbung von etwa 2000 Mann bereits gelungen sein.

Ueber

Erfolge der Sowjettruppen auf der Halbinsel Krim

liegt folgende Meldung aus Moskau vor: Pressemeldungen zufolge sind Sysran und Buguly von den Rätetruppen genommen, die auch auf Sebastopol vorrücken. Der Abschnitt von Nikolajewsk befindet sich gleichfalls in der Hand der Rätetruppen.

Die Spaltung der linken Sozialrevolutionäre.

Die Presse bringt Kundgebungen verschiedener Arbeiterorganisationen und einzelner Parteimitglieder der linken Sozialrevolutionäre, die die Handlungsweise der Partei verurteilen. Ebenso wird berichtet, daß ein Teil der linken Sozialrevolutionäre zu den Bolschewiki und ein Teil zu den rechten Sozialrevolutionären übergegangen sei.

Der Mord an dem deutschen Gesandten.

„Prawda", das Organ der Sowjet-Regierung, veröffentlicht folgende **Entschließung des Allrussischen Rätekongresses:** Organisatoren und Teilnehmer am Gesandtenmord und den Aufständen haben ihre Stellung in der Räteparteí und die amtliche Stellung ihrer Mitglieder mißbraucht. Der Kongreß verlangt die **strenge Bestrafung der Verbrecher.** Die Sowjetteile der linken Sozialrevolutionäre sind solidarisch mit den Verbrechern. Für solche Organisatoren ist kein Platz in den Deputiertenräten. Die Hauptaufgabe der Rätegewalt ist die Erhaltung des Friedens. Nur im Falle fremden Vormarsches ist es die Pflicht aller Arbeiter, Bauern und ehrlichen Bürger, das Land gegen die Imperialisten zu verteidigen.

Alle Führer der Menschewiki verhaftet.

Laut „Nowoja Shien" wurden in der vergangenen Woche 800 Sozialrevolutionäre verhaftet; 500 sozialrevolutionäre Organisationen wurden aufgelöst. Unter den Verhafteten befinden sich alle sozialrevolutionären Führer und auch einige Kadetten.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 15. Juli. (Amtlich.) Im Sperrgebiet des Mittelmeeres wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote 4 Dampfer und 1 Segler von insgesamt 17 000 Brutto-Registertonnen versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ueber das Ende der Kühlmann-Krise

läßt sich das Berliner Zentrumsblatt, die „Germania", von der wohl mit Recht angenommen wird, daß sie in wichtigen Fragen das Sprachorgan des Grafen Hertling sei, so vernehmen:

„Bekanntlich waren vor und noch mehr nach der Kühlmann-Krisis Bestrebungen im Gange, die jetzige Reichstagsmehrheit und mit ihr die jetzige Regierung zu sprengen, ohne daß jedoch ein besserer Ersatz vorgeschlagen worden wäre. Jetzt, nachdem die alte sozialdemokratische Fraktion nicht allein die Kriegskredite bewilligt hat, sondern der Abg. Ebert als ihr Sprecher auch noch mit allem Nachdruck den Mangel an Friedensbereitschaft in den Ententestaaten, sogar auch bei den Vertretern der Arbeiterpartei, und die Verwerflichkeit der feindlichen Kriegsziele gebrandmarkt hat, stellt es sich heraus, wie gut beraten die Zentrumsfraktion war, daß sie solchen Bemühungen sich als unzugänglich erwies und für einen Bruch mit der Sozialdemokratie nicht zu haben war, und daß die „Germania" keine andere Politik vertreten hat als die der Partei, deren Organ sie ist. . . . Es ist einleuchtend, daß die Kühlmann-Krisis keinen neuen politischen Kurs eingeleitet hat, wie anfangs gemutmaßt wurde; die Regierung des Grafen Hertling verfolgt nach wie vor ihre Ziele, und das ist es, worauf es ankommt, alles andere ist von ganz nebensächlicher Bedeutung."

Das Deutsche Reich — ein schwerer Einbrecher.

Die „Kreuzzeitung" bespricht am Sonntag die Steuerpolitik des Reiches und bemerkt: „Das Gesetz über die außerordentliche Kriegsabgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen der Einzelpersonen bedeutet einen erneuten schweren Einbruch des Reiches in das Gebiet der Besteuerung von Einkommen und Vermögen." — Man würde nach gleichen oder ähnlichen despektierlichen Bemerkungen über das Deutsche Reich in der sozialdemokratischen Presse vergebens suchen.

Vaterlandsparteiliche Werbemethode an der Front.

Aus dem Felde wird dem „Berliner Tageblatt" geschrieben: „Die Vaterlandspartei greift zu einem merkwürdigen Mittel, um unter den Feldgrauen an der Front Mitglieder zu werben. Sie verschafft sich nämlich dem Anschein nach von den Ersatztruppenteilen der im Felde stehenden Soldaten deren Adressen, füllt eine Mitgliedskarte, auf welcher der Mitgliedsbeitrag von einer Mark schon quittiert ist, aus und schickt sie mit den Statuten dem betreffenden Mann ins Feld. Da die Empfänger häufig im feindlichen Feuer stehen, so finden sie keine Zeit, die Sendung zurückzuschicken. Solche Soldaten werden von den Landesvereinen einfach als Mitglieder gezählt. Mir liegt eine derartige Mitgliedskarte nebst Statuten vor, die ein in Holstein (!) seit vielen Jahren wohnender Kamerad vor einigen Tagen erhielt. Sie ist vom Landesverein Ostpreußen (!) abgesandt und trägt folgende Namen: Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg, Ehrenvorsitzender; v. Tirpitz, Großadmiral, erster Vorsitzender, Dr. Kapp, Generallandschaftsdirektor, zweiter Vorsitzender. Für den Landesverein Ostpreußen: Dr. Körte (Königsberg), erster Vorsitzender; Freiherr von der Goltz (Kallen), zweiter Vorsitzender; Bankier P. Werner, Schatzmeister. Es ist wirklich rührend, mit welcher Findigkeit diese hochstehenden Herrschaften den Weg zu den armen Soldaten finden, um sie liebevoll in ihre Vaterlandsparteiarme zu schließen. Auch wäre es sehr interessant zu erfahren, ob die genannten Herren um dieses System des Mitgliederfanges wissen und wer die eine Mark Mitgliedsbeitrag in so selbstloser Weise bezahlt hat."

Wenn die Vaterlandspartei demnächst mit ihrer hohen Mitgliederzahl prunken sollte, dann weiß man wenigstens, auf welche Art diese Mitglieder gewonnen wurden.

Oesterreich-Ungarn.

Die Ernährungskrise in Oesterreich. Unter Führung von Mitgliedern der deutschen gewerkschaftlichen Vereinigung des Abgeordnetenhauses sprachen Freitag Vertreter der deutschen Arbeiterverbände und der deutsch-nationalen Arbeitergewerkschaften beim Ministerpräsidenten v. Seidler vor. An der Konferenz nahmen noch Eisenbahnminister Bannhans, Handelsminister Wieser, Minister Paul und Sektionschef Galecki in Vertretung des Finanzministers teil. Im Verlaufe der Beratung, die Ernährungsfragen galt, sagte Minister Paul zu, daß er die **Verstaatlichung sämtlicher Lebensmittelzentralen** und deren Umwandlung in Unterstellen des Amtes für Volksernährung in kürzester Frist zur Durchführung bringen werde.

Die Forderung der Arbeitervertreter sagt, wo die verhängnisvolle Schwäche der Organisation der österreichischen Volksernährung zu suchen ist, und die Zusicherung der Regierung bestätigt, daß die Forderung den Kernpunkt trifft. Wir werden nun sehen, ob bei der österreichischen Regierung der Begriff der „kürzesten Frist" durch die Not der Zeit zu der nötigen Neuorientierung geführt worden ist. Daß das aber recht gründlich der Fall sein möchte, daran haben wir in diesem Punkte das allergrößte Interesse. Das Kind lag im Brunnen, der antisoziale Schlendrian hat geerntet, was er nur ernten konnte, jetzt heißt es ihm mit Gewaltgriffen an die Kehle gehen. Die Vereinheitlichung aller Zweige der Ernährungsfürsorge wird diese Arbeit wesentlich erleichtern.

Dänemark.

Soldatenmißhandlungen. Verschiedene in Dänemark vorgekommene Soldatenmißhandlungen im Heere und in der Marine, die in mehreren Fällen mit Selbstmord der Gequälten endigten, haben in Kopenhagen zu großen Demonstrationen Veranlassung gegeben. Besonders hoch ist die Erbitterung in Arbeiterkreisen wegen eines in diesen Tagen verübten Selbstmordes eines Matrosen der dänischen Flotte gestiegen, der von seinen Vorgesetzten zu Unrecht des Diebstahls beschuldigt und wiederholt gequält und bestraft wurde. Diese traurigen Vorkommnisse haben besonders die Syndikalisten ausnutzen wollen. So veranstalteten sie einen großen Straßenumzug, an dem über 3000 Personen teilnahmen, und wollten vor die Wohnung eines der vorgesetzten Offiziere dieses Matrosen ziehen, um dort ihrem Unwillen Ausdruck zu geben. Einem großen Aufgebot der Polizei gelang es aber, die Demonstrierenden auseinanderzutreiben, wobei es mehrfach zu Tätlichkeiten kam. Vom sozialdemokratischen Jugendverband Dänemarks wurde ebenfalls eine große, von über 5000 Personen besuchte Protestversammlung unter freiem Himmel veranstaltet, in der mehrere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ansprachen hielten und sich scharf gegen die Soldatenmißhandlungen wendeten.

Die Versammlung beschloß eine Resolution, die die Offiziere und das System, die die Verantwortung für die letzten Soldatenselbstmorde tragen, verdammt. Die Arbeiterklasse wird zum unermüdlichen Kampf gegen den Militarismus aufgefordert. Zunächst müsse die militärische Rechtspflege abgeschafft und die ganze Neutralitätswache entlassen werden.

Auch im dänischen Parlament werden diese Vorkommnisse zur Sprache kommen, da von radikaler Seite an den Verteidigungsminister Anfragen in dieser Sache gerichtet worden sind.

Versammlung der Lübecker Bürgerschaft.

Lübeck, 15. Juli 1918.

Wortführer Dimpker eröffnet die Sitzung um 6,20 Uhr.

Senator Dr. Stooß erklärt auf eine in der vorigen Sitzung von Dr. Langenheim gestellte Anfrage, daß die Beseitigung der neu eingerichteten Kleinwohnungen erfolgen müsse, weil der Ausbau des Konstinbahnhofes im vorigen Jahre noch nicht in dem Umfange beabsichtigt war, als es sich nun notwendigt.

Dr. Langenheim weist demgegenüber darauf hin, daß schon in der Vorlage betr. die Einrichtung dieser Kleinwohnungen auf die Gleislegung hingewiesen war, aber betont wurde, daß diese Gebäude dafür zunächst nicht in Frage kämen.

Senator Dr. Eschenburg und Senator Dr. Stooß suchen das Vorgehen der Behörden zu rechtfertigen.

Hoff bezeichnet es als sehr merkwürdig, daß man jetzt die mit erheblichen Kosten eingerichteten Kleinwohnungen wieder beseitigen wolle. Die beabsichtigte Gleisführung bei Ballastkuhl war doch so, daß sie unberührt blieben.

Senator Dr. Stooß: Die Pläne mußten später geändert werden.

Debattelos genehmigt wurden folgende Senatsanträge:

Errichtung einer Viehlöschbrücke vor der Kaimauer am Viehhof.

Abänderung des Bebauungsplanes für das Gelände auf dem Heiligen-Geistkamp.

Der dritte Senatsantrag betrifft die Herstellung von Beleuchtungsanlagen am Hafen.

Hoff rügt, daß die Bürgerschaft jetzt die Mittel bewilligen soll, nachdem die Arbeiten schon seit bald dreiviertel Jahren ausgeführt worden sind. Der Senat sollte rechtzeitig mit seinen Anträgen an die Bürgerschaft kommen.

Senator Dr. Eschenburg gibt zu, daß hier eine unliebsame Verzögerung eingetreten sei und sagt zu, daß man bestrebt sein werde, sie in Zukunft zu vermeiden.

4. **Schaffung weiterer Kleinwohnungen.** Der Senat stellt zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: daß dem zwischen der Finanzbehörde und dem Lübecker Gemeinnützigen Bauverein abgeschlossenen Vertrage vom 13. Juni 1918, betreffend die Erbauung von 22 Kleinwohnungen auf dem Gelände an der Luisenstraße u. w. d. a., die vorbehaltene verfassungsmäßige Genehmigung erteilt und daß der Finanzbehörde zur Zahlung der dem Bauverein zugesicherten Bauprämie der Betrag von 127 500 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, aus der Schuldentilgungskasse zur Verfügung gestellt werde.

Hoff befürwortet die Senatsvorlage, meint jedoch, daß es an der Zeit sei, daß der Senat zum Eigenbau von Kleinwohnungen übergehe. Er bezahle nach dem vorliegenden Vertrag 50 Prozent der Bausumme als Bauprämie. Da erscheine es doch auch im staatlichen Interesse geboten, wenn er selbst die Wohnhäuser in eigener Regie herstelle und dann auch das Eigentumsrecht daran besitze.

Senator Dr. Eschenburg teilt mit, daß letztere Frage bereits Gegenstand der Erwägungen des Senates sei.

Dr. Hartwig betont, daß die in Lübeck herrschende Wohnungsnot immer schlimmer werde. Wenn man allerdings lese, daß am Quartalsschluß nur wenige Familien ohne Obdach waren, so erscheine manchem der Notstand als nicht sehr groß. (Henck: Sehr richtig!) Man muß aber bedenken, daß mehr als 200 Haushaltungen Ende Dezember vorigen Jahres bei anderen Familien mit untergebracht werden mußten, weil für sie keine eigene Wohnung zu finden war. Es ist hier die merkwürdige Erscheinung zu beobachten, daß die Bevölkerung abnimmt, während die Haushaltungen steigen. Bei der letzten Feststellung war die Bevölkerungszahl um 1300 gesunken, während sich die Haushaltungen um 354 vermehrt hatten. Da ist es unbedingt notwendig, daß der Staat die erforderliche Fürsorge walten läßt, um der Wohnungsnot zu begegnen.

Stelling unterstreicht die Ausführungen von Dr. Hartwig. Durch das Zusammenlegen von Haushalten sind vielfach geradezu unerträgliche Zustände entstanden. Der Staat müsse unbedingt eingreifen. Vor wenigen Monaten lehnte seltsamerweise die Bürgerschaft einen Antrag auf staatlichen Eigenbau von Kleinwohnungen ab, während er jetzt vom Bürgerausschuß an den Senat gerichtet sei. Redner wünscht ferner, daß an die in der Irrenanstalt untergebrachten Familien dabei liegendes Gartenland abgegeben werde und daß man ihnen nicht die Tragung sämtlicher Reparaturen zumute.

Burwitz bemängelt, daß man bereits um 10 Uhr das Tor der alten Irrenanstalt schließe, in der jetzt Kleinwohnungen eingerichtet sind.

Rosi Zurflüh.

Eine Geschichte aus den Alpen. Von Johannes Scherr.

30. Fortsetzung.

13. Kapitel.

„Freut euch des Lebens!"

Man hat es tausendmal gesagt, und doch drängt es sich unserer Betrachtung täglich von neuem wieder auf, daß das Narrenspiel des Lebens seine Zugkraft nur den grellbunten Gegensätzen verdankt, aus denen es sich zusammensetzt. Allerdings ist dieses Narrenspiel überwiegend mehr traurig als lustig, aber als Hersteller des Gleichgewichts ist ja Vater Humor da, der alte und ewigjunge Tröster der Menschheit, der mit dem Munde zu lachen vermag, während ihm die Träne im Auge steht, der gute Papa, der die über Mühsal und Schmerz seufzenden und schreienden Kinder in salomonische Weisheit einwickelt und die klagenden mit den Worten schweigt: „Was soll der Lärm? Alles ist eitel, wißt ihr? Drücken euch die Schuhe, in denen ihr springen und tanzen müßt? Tun euch die Hühneraugen weh, an den Füßen oder gar am Herzen? Bagatelle, nicht der Rede wert! Ihr habt bei alledem nichts zu tun, als ein paar Jahre mehr oder weniger Geduld zu haben. Dann fällt der Vorhang, die Lampen verlöschen und die ganze Narretei ist aus." Der gute Papa hat vollkommen recht, aber um „die paar Jahre" ist's doch eine gar eigene Sache: denen, die mit in spanische Stiefel gepreßten Beinen das große Narrenspiel mitmachen müssen, werden denn doch die paar Jahre lang, sehr lang, unsäglich lang! Nur den Glücklichen gehen ja die Uhren zu schnell.

Wer in der Nacht, wo im Hause zum Rütli eine Tat des edelsten Heldentums getan wurde, nicht so gut schlief wie die Rosi, das war der Pfarrer von Windgellen. Wunderliche Geschöpfe, die wir sind! Als der gute Milder das Zerwürfnis zwischen Rosi und ihrem Gatten zuerst in dessen ganzem Umfang erfahren, als er sich klar gemacht, wie unheilbar dieser Bruch sei, hatte sich daran eine unbestimmte, aber süße Hoffnung für ihn geknüpft. Wenn die Scheidung wirklich vollzogen würde, könnte es dann nicht geschehen, daß das Herz der unglücklichen, trostbedürftigen Frau ihm sich zuwendete, ihm, der sie so lang und so innig geliebt? Aber diese Hoffnung und was sich von Aussicht auf Glück damit verbunden, war ebenso schnell wieder verschwunden und zwar nicht erst verschwunden bei dem ängstlich-staunenden, willfremden Blick, womit ihn Rosi angesehen, als er ihr droben am Wildsee so lange Verhehltes gestanden — nein, nicht erst da. Selbst edlen Gemütern wohnt eine instinktartige Scheu vor dem Unglück inne, und wenn ihnen auch der von Zeus' Blitze getroffene Baum heilig ist, wie er es den frommen Griechen war, so tragen die meisten doch Bedenken, aus dem zersplitterten Stamme eine Hütte sich zu zimmern. Aber eine Hütte, ein Heim will am Ende jeder haben, und so ist es begreiflich, daß sich Milders Gedanken mehr und mehr von der älteren Schwester ab und der jüngeren zuwandten. Und doch machte er sich wieder ein Gewissen daraus, seiner ersten Neigung untreu zu werden; aber zu seinem Troste fiel ihm dann ein — selbst die besten Menschen sind nicht immer frei von Sophistik —, daß er als Brenelis Gatte für Rosi zu tun vermöchte, was ein Bruder nur immer tun könnte. Wär' nur das Breneli erst seine Frau! Aber das war ja auch vorderhand eine bloße Phantasie. Die Rosi könnte sich doch getäuscht haben und — und — kurz, eine ganze Rotte von lauter „und" und „wenn" und „aber" turbulierte und drangsalierte den armen Pfarrer, während er sich schlaflos in seinem Bette hin und her warf. Am Ende mußte sich jedoch diese ganze Rotte vor dem Zaubersprüchlein ducken: „Es wäre doch möglich! Es könnte doch sein!" Jungen Leuten, selbst jungen Pfarrherrn, ist diese Formel sehr geläufig. Aelter geworden, verlernt man sie aber glaubt wenigstens nicht mehr an ihre magische Kraft.

„Ja, es könnte doch sein!" Damit duselte Stephan Milder gegen Morgen zu endlich ein und erwachte denn auch viel später als gewöhnlich. Er wäre auch dann noch nicht erwacht, wenn nicht die alte Klephe (Kleopha, welcher kothurnhafte Frauenname in der angegebenen Korrumpierung in der Schweiz sehr häufig ist), seine „Spetterin" (Aufwärterin), die ihm Frühstück und Abendkost bereitete und das Mittagessen aus dem blauen Fuchs holte, an die Türe seiner Schlafstube gepöpperlet hätte, „gäng verwunderet", daß der Herr Pfarrer „so lang im Nest sig". Der Kaffee stehe auf dem Tisch, und binnen einer halben Stunde würde gäng der Leichenzug des alten Schurbauers das Tal heraufkommen, und gäng sei vorhin auch der Strobelchäpi, der Bräuntsludi, dagewesen und hätt' neime 'nen Brief gebracht.

„Schurbauer, Strobelchäpi, Bräuntsludi, Brief?" brummelte der schlaftrunkene Pfarrer, sich die Augen reibend. „Ach ja, der wird heute begraben, nämlich der Alte aus der Schur."

Damit fuhr er in seine schwarzen Amtshosen, die dem in solchen Dingen nicht sehr akkuraten Pfarrherrn die alte Klephe am Abend zuvor fürsorglich hingelegt hatte.

Er war immer noch halb im Schlaf und Traum. 's Breneli ist ein so allerliebstes, „bundersnettes", ja noch viel bundersnetteres Breneli, als sich der gute Hebel nur irgendmal von einem träumen ließ — soviel ist gewiß!" sagte er mit voller Ueberzeugung vor sich hin und lachte dazu und fiel in eine so angenehme Zerstreuung, daß er ohne Arg, das heißt, ohne es zu merken, über die eigenen schwarzen Amtshosen noch die weiten grauweißen Sommerbeinkleider anzog, die er zu dieser Jahreszeit zu tragen gewohnt war. Seine übrige Toilette war bald gemacht, und so ging er in die Stube hinaus, um sich seinen Morgenkaffee durch den fraglichen Brief, der auf dem Tische lag, nicht versüßen, aber versalzen zu lassen.

Schon das Aeußere des Briefes verstimmte ihn, weil die Adresse, eine nicht unzierliche Frauenhand verratend, lautete: „Meinem sehr lieben Herrn weiland Seelenhirten, Jugend- und Tugendlehrer Stephan Milder." Auch roch das Papier so nach Patschuli, und das konnte der Pfarrer nicht leiden. Er vertiefte sich aber doch so eifrig in das Schreiben, daß er nicht beachtete, wie der zahme Star, den er sich als Gesellschafter hielt, mitten in der Zuckerbüchse sich etablierte und da nach Herzenslust wirtschaftete.

Schwarzelsi schrieb dem Pfarrer, unter Anwendung von allerlei krausen und frivolen Redensarten, ihre sonst klaftertief gewurzelte Tugend sei leider zu Falle gekommen, wie dies ja in dieser sündigen Welt der Tugend überhaupt öfter passiere als nicht. Im vorigen Jahre habe es nämlich zu Berlin schon im Oktober Glatteis gegeben, und da sei es nicht eben wunderbar zugegangen, daß sie eines schönen Abends ausgeglitscht und gefallen sei. Die Folgen dieses Unfalls würden ihm, dem Pfarrer, ohne Zweifel schon bekannt sein, da es ja in Windgellen eine vortreffliche Zeitung gebe. Zu ihrem Bedauern habe sie in den letzten Tagen die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß der Mann, der besagtes Berliner Glatteis so schnöde mißbraucht hätte, sie sitzen lassen wollte, indem er einem feierlichen Versprechen zum Trotz, von Thun aus die nötigen Schritte zu ihrer Rehabilitation einzuleiten, nichts habe von sich hören lassen. Sie hätte aber weder Zeit noch Lust, sitzen zu bleiben, weder im wörtlichen noch im figürlichen Sinn. Demzufolge sei sie, wann er diese Zeilen lese, schon über alle Berge, die jemals wiederzusehen sie nicht das geringste Verlangen trage. Seien ihr doch die letzten vierzehn Tage unendlich lang geworden, noch um einen ganzen Zoll länger als der Bart der berühmten Jungfer Bibbeli. Das hätte sie nicht länger prästieren können, nicht um tausend Dutzend Ruodis willen. Er, der Pfarrer, und wohl auch noch andere Leute seien sicherlich so billig und christlich, einzusehen, daß sie sich mit dem Kinde, das übrigens getauft sei und Rudolf heiße wie sein Vater, nicht habe schleppen können, um so weniger, da sie nicht ganz sicher gewesen, ob ihr guter alter närrischer Baron und Großpapa von der Schnarrbitz für dieses schweizerische Produkt auch so eine große Zuneigung empfunden haben würde wie für anderes Schweizerspielzeug. Sie habe daher, in Abwesenheit des Vaters, gestern abend das Kind einstweilen der Rosi ins Haus gestellt. Die Rosi habe sich ja ohne Zweifel schon lange ein Kind gewünscht, und das ihr jetzt über Nacht bescherte sei ein allerliebstes Püppchen. Durch dieses simple Arrangement sei ihr, der Elsi, von einem und der Rosi zu einem Kinde, und also beiden geholfen. Im übrigen empfehle sie sich der öffentlichen Meinung von Windgellen zu Gnaden und — auf Nimmerwiederkehr.

Fortsetzung folgt.

Darauf wird der Senatsantrag und der Vertrag zwischen dem Staat und dem Gemeinnützigen Bauverein mit einem von Scheither gestellten Ersuchen um Hinausschiebung des Termins, bis zu dem sich Familien mit vier und mehr Kindern als Bewerber um die Wohnungen melden sollen, angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die **Errichtung einer realgymnasialen Studienanstalt an der Ernestinenschule.**

Schiemann wendet sich gegen die Senatsvorlage, die eine bestehende Bildungsmöglichkeit beseitigen und den Mädchen, die nicht studieren, sondern wissenschaftliche Lehrerin werden wollen, die Gelegenheit hierzu nehme. Diese jungen Mädchen sind vielleicht außerstande, außerhalb Lübecks eine entsprechende Anstalt besuchen zu können, weil ihnen dazu die Mittel fehlen. Sie müssen demnach auf einen ihnen zusagenden Beruf verzichten. Die Vorteile der realgymnasialen Studienanstalt sind nicht so bedeutend, daß man deshalb den vom Senat gewünschten Schritt tun sollte. Zudem ist die auf der geplanten Studienanstalt den Mädchen zu vermittelnde Bildung schon jetzt durch den Besuch des Johanneums zu erreichen. Der gemeinsame Besuch dieser Anstalt durch junge Menschen beiderlei Geschlechts hat sich bewährt. Die Mädchen haben erkennen müssen, daß, wenn sie männliche Ziele erreichen wollen, sie dazu auch männliche Energie aufbringen müssen, und dazu zeigt ihnen der Unterricht in der Knabenschule. Aus sozialen Gründen ist die Erhaltung des Oberlyzeums notwendig. Die finanziellen Nachteile aus der Studienanstalt sind sehr erheblich. Redner wäre zwar für Ablehnung der Vorlage, beantragt aber Kommissionsberatung, damit die Bürgerschaft sich mit allen Einwendungen beschäftigen könne.

Senator Kulenkamp bittet, von der Kommissionsberatung abzusehen, da die von Schiemann angeregten Fragen bereits von früheren Kommissionen beraten seien. Das Oberlyzeum bietet nicht annähernd dieselben Berechtigungen wie die Studienanstalt. Studienanstalt und Oberlyzeum nebeneinander bestehen zu lassen, wäre zu kostspielig. Das Oberlyzeum ist von Jahr zu Jahr zurückgegangen, sodaß auch so mit seinem Aufhören gerechnet werden müßte. Der Lehrerinnenberuf ist heute überfüllt. Die Beibehaltung der hier gegenwärtig bestehenden Verhältnisse ist auf die Dauer nicht möglich. Wohl hat sich der Unterricht beider Geschlechter im Johanneum bewährt, aber auf die Dauer ist der gemeinsame Unterricht nicht zweckmäßig. Es ist damit zu rechnen, daß der Zugang zur Studienanstalt ein sehr erheblicher sein wird. Wir werden auch dafür sorgen, daß nur wirklich begabte junge Mädchen in die Studienanstalt eintreten.

v. Schack ist deshalb gegen die Studienanstalt, weil dadurch die Seminarklasse der Ernestinenschule in Wegfall kommen und die Gelegenheit zur Ausbildung von Lehrerinnen genommen würde. Schiemanns Ausführungen waren durchaus zutreffend. Der Besuch der Studienanstalt durch hiesige junge Mädchen dürfte nicht so groß sein, daß dadurch die Einrichtung der Studienanstalt gerechtfertigt wird. Die finanziellen Lasten werden viel größer sein, als der Senat angibt. Das hat die Baugewerkschule gezeigt. Man sollte die Sache bis nach dem Kriege verschieben. Das Schulgeld für Auswärtige müßte so hoch bemessen sein, daß die Kosten des Staates dadurch gedeckt werden.

Senator Kulenkamp: Im Gegensatz zu der Auffassung des Herrn v. Schack sprechen gerade finanzielle Gründe für die Vorlage. Das schlecht besuchte Oberlyzeum erfordert gerade hohe Zuschüsse. Die auswärtigen Schülerinnen kosten nicht, sondern bringen Geld. Die Ausgabenrechnung im Senatsantrag stimmt.

Stelling: Die Sozialdemokratie vertritt mit allem Nachdruck den Standpunkt, daß auch den jungen Mädchen die größtmöglichste Bildungsmöglichkeit gewährt wird. Die Vorlage des Senats hat auf den ersten Blick manches für sich, nachdem die preußische Prüfungsordnung vom Vorjahre den Kreis der Fächer, für die gründliche Kenntnis des Lateinischen als Vorbedingung des Studiums verlangt wird, erheblich erweitert hat. Die Ausführungen des Herrn Schiemann sprechen jedoch für eine Kommissionsberatung. Die gemeinsame Erziehung der beiden Geschlechter auf dem Johanneum kann nur im Interesse der Allgemeinheit, der Kinder und der Eltern liegen, wie wir grundsätzlich für die gemeinsame Erziehung der Geschlechter eintreten. Wenn man die Kinder, die später nicht studieren wollen, in der Studienanstalt mit Latein bepackt, so spricht das nicht für die letztere. Wünschenswert wäre es überhaupt, wenn das Latein allgemein verschwinde, was allerdings eine Revolution im gesamten Bildungswesen erforderlich mache. Auch finanzielle Gründe sprechen für Kommissionsberatung, da sicher anzunehmen ist, daß die uns gemachten Kostenangaben wesentlich überschritten werden. — Die Bürgerschaft beschäftigt sich heute wieder mit einer Frage des höheren Schulwesens. Von dem mindestens ebenso dringend notwendigen Aufstieg der Begabten, von der Einheitsschule haben wir leider bisher nichts gehört. Der entsetzliche Krieg hat auch unter denen, die berufen waren, ihr Wissen in den Dienst der Menschheit zu stellen, furchtbare Opfer gefordert. Sie müssen ersetzt werden und zwar auch aus den Kreisen derer, die bisher wie durch eine chinesische Mauer abgesperrt waren von den Bildungsmöglichkeiten, die heute nur denen offen stehen, die in der Wahl ihrer Eltern vorsichtig waren. Alle Kreise der Bevölkerung, die die nötige Begabung haben, sollen herangezogen werden, ohne Rücksicht auf den Geldbeutel. Das liegt nicht nur im Interesse der Minderbemittelten, sondern hauptsächlich im Interesse der Gesamtheit. Statt der Worte sollte man endlich zu Taten schreiten.

Schiemann meint, daß Senator Kulenkamp seine Ausführungen nur bestätigt habe. Er geht auf dessen Darlegungen ein und tritt nochmals für seinen Antrag auf Kommissionsberatung ein.

Senator Kulenkamp bezeichnet Lateinunterricht in den höheren Anstalten als notwendig. Die Studienanstalt erfordert keine besondere Aufwendung für physikalischen Unterricht usw., wie Herr Stelling meinte. Die Frage des Aufstiegs der Begabten, die Herr Stelling anschnitt, ist in Fluß bei den in Frage kommenden behördlichen Stellen. Bei einer Kommissionsberatung wird nichts gewonnen, da neue Gesichtspunkte, die nicht schon die gemeinsame Kommission beschäftigt hätten, heute abend nicht zutage gefördert wurden.

Dr. Langenheim weist darauf hin, daß gerade die gemeinsame Kommission, welche das ganze höhere Schulwesen zu prüfen hatte, sich für die Förderung der Studienanstalt ausgesprochen hätte. Kommissionsberatung würde die Verzögerung der Sache um mindestens ein Jahr bedeuten. Deshalb sei er dagegen.

Dr. Wittern wünscht zu wissen, wie der Bürgerausschuß sich zu der Sache gestellt habe. Er tritt dann für die Vorlage ein. Wenn diese jetzt abgelehnt wird, so ist es zweifelhaft, ob wir die Studienanstalt je erhalten, nachdem sie zweimal begraben wurde.

Senator Dr. Eschenburg betont, daß der Bürgerausschuß allgemein mit der Vorlage einverstanden war und der Senat sie deshalb schon heute einbrachte, was nicht geschehen wäre, wenn erhebliche Bedenken dagegen geltend gemacht wären.

Schiemann erklärt, daß hier zwischen seinen und Stellings Auffassungen keine Differenz vorhanden sei, wie Dr. Wittern behaupte. Es sei nichts dabei verloren, wenn eine noch nicht spruchreife Frage um ein Jahr hinausgeschoben werde.

Dr. Görtz gibt über die Beratungen des Bürgerausschusses Aufschluß und wendet sich gegen die Kommissionsberatung.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag Schiemann auf Kommissionsberatung abgelehnt und die Senatsvorlage angenommen.

Der letzte Senatsantrag betrifft die **Erhöhung des Straßenbahntarifs.** Wir haben den geplanten Tarif am Donnerstag voriger Woche veröffentlicht.

Dr. Görtz berichtet über die Verhandlungen im Bürgerausschuß. Er spricht gegen die Verweisung der Vorlage an eine Kommission und meint, daß die vorgesehene Erhöhung sehr gering sei. Die Straßenbahn sei eine Erwerbsanstalt.

Löwigt: Die Erhöhung des Straßenbahnfahrgeldtarifes ist eine Frage von größter Bedeutung. Sie bedarf deshalb genauester Prüfung. Dabei muß stets im Auge gehalten werden, daß die Straßenbahn dem Verkehr dienen, nicht eine Einnahmequelle des Staates sein soll. Das scheint aber hier beabsichtigt zu sein. Viele Leute sind heute infolge der [illegible] Ernährung und der damit verbundenen Kräfteabnahme [illegible] in Rücksicht auf das mangelhafte und mangelnde Fuß-

Der amtliche Kriegsbericht.

Der deutsche Heeresbericht

war bis zur Drucklegung nicht eingetroffen.

*

Der französische Heeresbericht

vom 15. Juli meldet über die Schlacht: Nach heftiger Artillerievorbereitung griffen die Deutschen morgens auf der Front zwischen Chateau-Thierry bis Main de Massiges an. Die französischen Truppen halten tapfer dem feindlichen Vorstoß auf einer Front von ungefähr 80 Kilometern stand. Die Schlacht ist noch im Gange.

---

zeug gezwungen, die Straßenbahn zu benutzen. Man sollte ihnen das nicht verteuern, wenn das nicht unbedingt notwendig ist. Die Verwaltung der Straßenbahn begründet die von ihr gemachten Tariferhöhungen mit den gesteigerten Ausgaben. Die sind zweifellos vorliegend. Mir scheint demgegenüber nicht genügend berücksichtigt zu sein die durch die gewaltig gesteigerte Frequenz erzielte Mehreinnahme, die sich nach dem Ausweis der Betriebsleitung noch im letzten Monat auf rund 41 000 Mk. bezifferte. Gewiß ist das rollende Material sehr abgenutzt. Aber dafür sind doch alljährlich Rücklagen gemacht, deren Gesamthöhe mir nicht bekannt ist. Wenn man nun schon als nachgewiesen annehmen will, daß wirklich eine Fahrpreistariferhöhung notwendig ist, um Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht mit einander zu bringen, so fragt sich doch, ob das in der vorgeschlagenen Höhe und Art geschehen soll. Die Behörde hat zwar für eine sehr kurze Strecke den 10-Pfg.-Tarif beibehalten, aber sonst den Preis überall um 5 Pfg. erhöht. Dafür ist aber für die verkürzte 10-Pfg.-Strecke die Umsteigeberechtigung fortgefallen. Angeblich, weil die Kontrolle schwierig ist und leicht Mogeleien vorkommen. Das wird doch nicht in größerem Maße als bisher eintreten, denn es sind dafür keine neuen Möglichkeiten gegeben. Vom Burgtor nach dem Holstentor oder Hüxtertor kann man in Zukunft für 10 Pfg. nicht mehr fahren. Nach der Vorlage stellen sich die Selbstkosten nur für eine Fahrt auf 8,35 Pfg. Dann müßte doch eigentlich mit dem bisherigen Fahrpreis auszukommen sein. Zumal, da die Behörde selbst sagt, daß die meisten Fahrgäste nur 1—2 Zonen durchfahren. Früher hat man allerdings anderes vom Senatstisch vernommen. Soldaten und Minderbemittelte stellen einen großen Teil der Fahrgäste. Sie nehmen nur in seltenen Fällen die Bahn für kurze Strecken in Anspruch. Es ist ferner zu erwägen, ob man nicht wenigstens, wie in anderen Städten, die jetzt den 15-Pfg.-Tarif eingeführt haben, für die 3-Zonen-Strecke Doppelfahrscheine zum Preise von 25 Pfg. ausgeben will, die von denen gerne gekauft werden, welche die Straßenbahn häufiger benutzen müssen und von der Verteuerung am meisten betroffen werden. Weiter scheint mir erwägenswert, diese Fahrpreistariferhöhung zu befristen. Sie wird ja u. a. damit begründet, daß der Preis für elektrischen Strom gestiegen ist. Das soll aber auch nur eine vorübergehende Maßnahme sein. Wenn sie in Fortfall kommt, fällt noch ein Motiv dieser Vorlage fort. Man sollte diese Fragen und noch andere, die sich aus der Vorlage ergeben, wenigstens durch eine Kommission genau prüfen lassen, bevor man zu einem Beschlusse kommt. Wenn gesagt wird, die Sache eilt, der Staat erleidet durch die Verzögerung einen bedeutenden Einnahmeausfall, so darf das die Bürgerschaft nicht bestimmen, sich zu übereilen. Der Senat hätte dann früher kommen sollen. Ich beantrage, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen. Sollte das nicht geschehen, so lehnen wir sie ab.

Senator Strack entgegnet, daß man hier Bündelkarten habe, die man in Berlin nicht kenne. Er hält deshalb die Doppelfahrscheine nicht für notwendig. Bezüglich der Verbindung vom Burgtor nach dem Holstentor werden Verbesserungen erwogen. Die Verteuerung aller Materialien und die Erhöhung der Löhne sind die Hauptursache der Tariferhöhung. Die Arbeiterfahrkarten decken kaum die Selbstkosten ohne Berücksichtigung der Abnutzung der Bahn und der Rücklagen. Es sei erwünscht, daß keine Ueberschüsse erzielt werden, um Verkehrsverbesserungen einführen zu können.

Dr. Eschenburg hält die heutige Erhöhung für das Allernotwendigste, was gefordert werden muß. Dann wendet er sich gegen die Benachteiligung der Vorstadt St. Gertrud und wünscht eine bessere Verbindung nach dem Bahnhof.

Senator Strack erklärt, daß diese Frage geprüft werde.

Thiele tritt für Kommissionsberatung ein und hofft, daß die Einrichtungen anderer Städte uns zunutze gemacht werden.

Senator Strack meint, daß die etwa gehegten Wünsche wohl in der Bürgerschaft vorgebracht werden könnten.

G. Ehlers beantragt, die Soldaten in Uniform, vom Feldwebel abwärts, an den Wochentagen auf allen Strecken für 10 Pfg. zu befördern. Es sei nicht mehr als billig, den Soldaten, die nur wenig Zeit und Geld hätten, entgegen zu kommen. Auch die mangelnde Ernährung bewege sie oft, ihre Verwandten und Familien zu besuchen, und um den Weg möglichst schnell zurückzulegen, benutzen sie die Straßenbahn. Da sollte man sie zu den alten Fahrpreisen fahren lassen. Früher hat man sie für 5 Pfg. befördert.

Strack wendet sich gegen den Antrag Ehlers. Wenn man ihn annehmen würde, könne man den gewöhnlichen Bürger nicht mehr befördern. Auch Mogeleien kommen vor.

Niemann tritt für den Senatsantrag ein. Die Erhöhung ist nur gering.

Henze wünscht, daß man die Arbeiterwochenkarten nicht nur auf Handarbeiter beschränke, sondern auch an kaufmännische Angestellte usw. abgebe. Falsch sei, wenn man etwa entgegen wollte, daß dann die halbe Stadt darauf fahren würde. Nur Arbeiter und Angestellte, die weit von ihrer Arbeitsstätte entfernt wohnen, benutzen sie. Redner tritt dafür ein, auch während des kommenden Winters die Linie 11 aufrecht zu erhalten.

Hänse regt an, Zuschlagskarten für die Ueberschreitung von Zonen auszugeben und an die Schaffnerinnen einen Kleiderrock zu verabfolgen, da die Schaffner doch Uniformen erhalten.

Senator Strack: Letzteres ist nicht möglich, da wir jetzt schon schwer den erforderlichen Stoff für die Uniformen erhalten.

Thiele befürwortet die Einführung von Doppelfahrkarten und den Antrag von Ehlers.

A. Pape warnt davor, die Vorlage überstürzt zu verabschieden. Er bringt verschiedene Bedenken gegen sie vor und kritisiert, daß man von der Moislinger Allee, an der das große Drägerwerk liege, nicht mehr zur Markthalle und zum Theater für 10 Pfg. fahren könne, obwohl die Strecke nur zwei Zonen ausmache. Er tritt für Kommissionsberatung ein.

Senator Strack antwortet, daß 99 Prozent der Arbeiter des Drägerwerks und der Benutzer dieser Strecke gerade auf Arbeiterwochenkarten fahren, für die Umsteigeberechtigung bestehe. Gegen Henze betont er, daß 17 000 Einwohner unter 2500 Mark versteuern, die dann auf Arbeiterwochenkarten fahren könnten.

Löwigt wendet sich scharf gegen die von Senator Strack angewandte Methode, die Gründe für die Verweisung an die Kommission zu erledigen. Wenn wirklich die Arbeiterwochenkarten eine Hauptursache der Tariferhöhung seien, so sei es sehr zu verwundern, daß davon in der Vorlage kein Wort stehe. Es wäre eine maßlose Uebertreibung, zu sagen, daß 99 Prozent der Benutzer der Moislinger Strecke oder der Arbeiter der Drägerwerke auf Arbeiterwochenkarten fahren. Was die von Henze gewünschte Ausdehnung des Kreises der Arbeiterwochenkartenbezieher anlange, so sei es durchaus falsch, wenn es so hingestellt werde, als ob alle Leute mit einem Einkommen von weniger als 2500 Mark sie dann ohne weiteres verlangen könnten. Auch sei es nicht richtig, daß die gewöhnlichen Bürger kaum mehr auf der Straßenbahn befördert würden, wenn man dem Antrag Ehlers folge, der im wesentlichen den bestehenden 10-Pfennig-Tarif an Wochentagen den Soldaten sichern wolle. Wenn jetzt diese gewöhnlichen Bürger fahren können, dann auch in Zukunft. Redner bittet nochmals, eine genaue Prüfung der Vorlage durch eine Kommission vornehmen zu lassen. Auch in auswärtigen Städten, wo man sich mit der gleichen Angelegenheit beschäftigen mußte, habe man die Sache nicht übers Knie gebrochen und gute Resultate durch Ausschußberatungen erzielt.

A. Pape vertritt nochmals seinen Standpunkt und geht auf die Einwendungen vom Senat ein.

Dr. Wittern ist gegen Kommissionsberatung, hält die Erwägung der vorgebrachten Wünsche für angebracht und ersucht um Fahrpreisermäßigungen für die unteren Beamten. Dann bringt er die dringend der Abhilfe bedürftigen Mißstände im Telephonverkehr unserer Stadt zur Sprache.

Ein Antrag von Henze, die Umsteigeberechtigung für die 2-Zonen-10-Pfennig-Strecke zu belassen, wird abgelehnt. Ebenso der Antrag von Ehlers und der Antrag Löwigt auf Kommissionsberatung.

Darauf gelangte die Senatsvorlage zur Annahme.

Schluß 10¼ Uhr.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 16. Juli.

Die Bürgerschaft

hielt gestern abend ihre verfassungsmäßige alljährliche „Volksfest"-Sitzung ab. Der Krieg hat jedoch das Volksfest weggefegt; auf dem Burgfelde befinden sich an Stelle der Schanzelte, Karussells und anderer Buden Lazarette für kranke und verwundete Soldaten. Wo einst Frohsinn und Ausgelassenheit um diese Zeit herrschte, befinden sich jetzt Stätten des Schmerzes und des Unglücks. Aber die Volksfestbürgerschaftssitzung ist geblieben. Sie hatte sich diesmal mit einer Reihe höchst wichtiger und bedeutungsvoller Fragen zu beschäftigen.

Zunächst war es die sich immer mehr verschlimmernde Wohnungsnot, welche ernste Erörterungen hervorrief. Der Senat unterbreitete der Bürgerschaft eine Vorlage, die den Abschluß eines Vertrages zwischen der Finanzbehörde und dem Gemeinnützigen Bauverein zum Gegenstand hat, wonach letzterer sich zur Errichtung von 22 Kleinwohnungen verpflichtet, während der Staat ihm die halbe Bausumme als Bauprämie schenkt. Von Herrn Dr. Hartwig wurde nachgewiesen, wie traurig es um die Kleinwohnungsverhältnisse bestellt ist. Er, sowie die Genossen Stelling und Hoff traten warm für den staatlichen Eigenbau von Wohnungen ein, der auch vom Senat in Aussicht gestellt wurde. Wie verständnislos manche Leute dem ganzen wichtigen Problem gegenüberstehen, zeigte ein Zwischenruf des Agrariers Henck. Gleich zu Beginn der Sitzung gab es eine Debatte über die Beseitigung der eben erst eingerichteten Kleinwohnungen bei Ballastkuhle, an der sich Genosse Hoff beteiligte.

Sehr ausgiebige Auseinandersetzungen pflegen stets Senatsvorlagen über Aenderungen im höheren Schulwesen zu begleiten. Der Senatsantrag auf Errichtung einer realgymnasialen Studienanstalt bestätigte diese Erfahrung. Herr Schiemann führte eine Reihe sehr gewichtiger Gründe gegen diesen Plan der Oberschulbehörde an und beantragte Kommissionsberatung. Genosse Stelling unterbrich die Darlegungen Schiemanns und forderte, daß endlich auch in Lübeck einmal Ernst gemacht werde mit dem Aufstieg der Begabten. Vom Senatstische wurde entgegnet, daß die Oberschulbehörde in der zuletzt erwähnten Sache bereits tätig sei und im übrigen die gegen die Vorlage vorgebrachten Bedenken zu zerstreuen gesucht. Nachdem sich noch mehrere Redner für den Senatsantrag ausgesprochen und v. Schack finanzielle Gründe dagegen angeführt hatte, wurde die Schaffung der Studienanstalt beschlossen. Das bedeutet für die Oberschulbehörde einen Erfolg, den sie nach Jahre langen Kämpfen erzielt.

Von großer Bedeutung war auch die vom Senat beantragte Erhöhung des Straßenbahntarifs. Genosse Löwigt trat für Prüfung dieser Vorlage durch eine Kommission ein. Er machte eine ganze Reihe von Einwendungen gegen sie geltend, hielt ihre Notwendigkeit nicht für genügend erwiesen und meinte, daß sich manche Verbesserungen durch eine kommissarische Beratung erzielen lassen würden. Senator Strack war damit nicht einverstanden und verteidigte das Produkt der Straßenbahnverwaltung auf höchst merkwürdige Weise. Ihm erscheint bezüglich der Straßenbahn in Lübeck alles auf das Beste eingerichtet. Er ist Gegner der vom Genossen Henze beantragten Ausdehnung des Kreises der zur Entnahme von Arbeiterwochenkarten Berechtigten, weil dann „die halbe Stadt" darauf fahren würde, und wandte sich auch gegen das vom Genossen Ehlers eindringlich begründete Verlangen, die Soldaten alltags für 10 Pfg. fahren zu lassen. Dann würde der „gewöhnliche Bürger" nicht mehr zu seinem Recht kommen! Ueberhaupt sei der ungenügende Preis der Arbeiterfahrkarten wesentlich an der Tariferhöhung schuld. Diese Art Beweisführung trat Genosse Löwigt entschieden entgegen. Besonders die Herren A. Pape und Thiele traten gleichfalls für die Verweisung der Vorlage an eine Kommission ein; während Dr. Görtz, Dr. Eschenburg, Dr. Wittern und andere eine kommissarische Beratung nicht für erforderlich erachteten.

Schließlich wurde unter Ablehnung aller Anträge, auch eines Antrages Henze, der die Umsteigeberechtigung für die 2-Zonen-Karte beibehalten wollte, die Vorlage unverändert angenommen. Die Sitzung dauerte bis 10¼ Uhr.

Richtpreise für eingelegte Frühgurken.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst teilt im Einverständnis mit dem Kriegsernährungsamt die Preise mit, welche von den Einlegereien für eingelegte Frühgurken genommen werden dürfen. Die Preise sind nach den Ursprungsorten abgestuft. Wie im allgemeinen bei Gemüse und Obst der Erzeuger, so darf auch bei Frühgurken die Einlegerei die für Groß- oder Kleinhandel festgesetzten Preise nehmen, wenn sie dessen Aufgaben beim Absatz an Kleinhändler oder Verbraucher übernimmt. Die Kleinhandelspreise selbst betragen für 1 Stück für die Einlegereien in den Erzeugungsgebieten Lübbenau 0,25 Mk., Kalbe, Naumburg 0,2[illegible] Liegnitz, Großengottern 0,20, in allen anderen Erzeugungsgebieten außer Süddeutschland 0,23 Mk. Aus den Erzeugungsgebieten außerhalb derselben: Lübbenau 0,30 Mk., Kalbe, Naumburg 0,2[illegible] Liegnitz, Großengottern 0,23, aus allen anderen Erzeugungsgebieten außer Süddeutschland 0,25 Mk. Für die süddeutschen Einlegereien sind die folgenden, nach der Größe der Gurken unterschiedenen Richtpreise festgesetzt worden: Für die Einlegereien innerhalb und außerhalb der Erzeugergebiete bei einer Größe von nicht weniger als 4 Zentimeter 0,08 und 0,09 Mk., von nicht weniger als 6 Zentimeter 0,12 Mk., von nicht weniger als 8 Zentimeter 0,13 und 0,15 Mk., von nicht weniger als 10 Zentimeter 0,15 und 0,16 Mk. und für größere Ware 0,20 und 0,23 Mk. Ueberschreitungen der Preise sind nur in Ausnahmefällen unter Zustimmung der Reichsstelle für Gemüse und Obst zulässig.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Juni beim hiesigen Steueramt ein: Einkommensteuer 306 996,99 Mk., Gewerbesteuer 945,17 Mk., Wertzuwachssteuer 6 584 Mk., Grundsteuer 18 631,82 Mk., Erbschaftssteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer 6010,74 Mk., Veräußerungsabgabe 73 062,89 Mk., Stempelabgabe 8 107 Mk., Vermögenssteuer 97,02 Mk., zusammen 420 435,63 Mk. gegen 298 491 Mark im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 121 940,89 Mk. mehr. Von dieser Mehreinnahme entfielen auf die Einkommensteuer 89 052,21 Mk. und auf die Veräußerungsabgabe 49 079 Mark, während bei der Erbschaftssteuer eine Mindereinnahme von 20 195,86 Mk. zu verzeichnen war. Vom 1. April bis Ende Juni gingen insgesamt 2 955 138,38 Mk. ein gegen 2 304 185 Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres ein; mithin 650 953 Mark mehr.

Der Ludendorff-Spende wurden weiter überwiesen: Vom Gewerkschaftskartell: Arbeiter der Firma Gebr. Wasserstradt, Möbelfabrik, 12 Mk., Arbeiter der Firma Schmidt u. Westpheling 113,50 Mark, Personal der Buchdruckerei Ch. Coleman 28 Mk., Drei organisierte Buchdrucker 3 Mk., Arbeiter und Arbeiterinnen der Dockbauwerft Flender, A.-G. 304 Mk., Arbeiter der Aktienbrauerei 34,50 Mk., Arbeiter der Hansa-Brauerei 30 Mk., Verkaufs- und Kontorpersonal des Lübecker Konsumvereins 77 Mk., Arbeiter der Faßfabrik Fri[illegible] u. Co. 24 Mk., Arbeiter der Stauereivereinigung 158,25 Mk., von den Beamten der freien Gewerkschaften, Sozialdemokratischen Partei und Genossenschaftsbäckerei 76 Mk., Personal der Buchdruckerei H. G. Rahtgens 24 Mk., Flugzeugwerft Travemünde, 2. Rate 140 Mk., vom Verbande der Bauerangestellten, Ortsgruppe Lübeck 17 Mk., Angestellte der Ortskrankenkasse 200 Mk., Arbeiter der Baubehörde Lübeck, Abt. Tiefbau und Gärtnerei 216 Mk. — Mit dem heutigen Tage ist die öffentliche Werbetätigkeit für die Ludendorff-Spende beendet. Nichtsdestoweniger wird sich ein Abschluß der Geschäftsführung erst gegen Ende des Monats ermöglichen lassen und zu diesem Zeitpunkt wird auch die Abrechnung mit den Banken erfolgen. Es steht also jedem frei, bis dahin noch die für die Ludendorff-Spende bestimmten Beiträge bei jeder Bank abzuliefern. Die Inhaber von Sammellisten werden gebeten, die Ablieferungen nunmehr möglichst umgehend vorzunehmen, damit das Gesamterträgnis, welches dem Hauptarbeitsausschuß in Berlin gemeldet werden soll, fertiggestellt werden kann.

Eine Kinderwanderung unternimmt der Touristenverein „Die Naturfreunde" am Sonntag, 21. Juli, nach der Palinger Heide. Am 11. August nach der Jahneiche. Der Treffpunkt zu beiden Touren ist 2¼ Uhr an der Burgtorbrücke. Sache der Arbeiteretern ist es mit, diese in vielen Städten gut bewährten Wanderungen zum guten Gelingen zu helfen. Auf der Heide und bei der Jahneiche wird mit den Kindern gespielt und umhergetummelt unter guter und sachverständiger Leitung. Die Rückkehr findet ungefähr 7 Uhr statt. (Näheres Inserat.)

Ein Wohltätigkeitskonzert veranstaltet am Sonntag, dem 1. Juli, der Verein ehem. Mecklbg. Grenadiere und Füsiliere unter Mitwirkung der Schutzmannskapelle (Leitung Wachtmeister Gebert). Das Konzert beginnt nachmittags um [illegible] Uhr und findet in der Forsthalle in Israelsdorf statt. Eintrittskarten kosten im Vorverkauf 40 Pfg., an der Kasse 50 Pfg; dieselben sind zu haben in den im Inserat bekannt gegebenen Stellen.

„Der Hias". Man schreibt uns: Selten hat ein Stück hier einen solchen Anklang beim Publikum gefunden, wie der „Hias" im Hansatheater. Besonders nach dem unterhaltsamen 2. und dem durch eine glänzende Filmeinlage ausgestatteten 3. Akte ist der Beifall stark. Es dürfte sich empfehlen, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen, und zwar möglichst an den in der Anzeige bekannt gegebenen Vorverkaufsstellen. Am Mittwoch nachmittag findet wieder eine der beliebten Familien-Vorstellungen zu besonders ermäßigten Preisen statt.

Hamburg. Gasvergiftung. Am Montag nachmittag bemerkten Bewohner des Hauses Schranksweg Nr. 31, daß aus der Wohnung der Familie Klüter Gasgeruch herausdrang. Nachforschungen ergaben, daß in der Küche die Gashähne geöffnet waren und die 27jährige Wohnungsinhaberin mit ihren beiden Kindern, die darin weilten, bewußtlos waren. Wiederbelebungsversuche, die Mannschaften der Feuerwache 9 [illegible]en, waren bei der Frau K. und ihrem fünfjährigen Sohn [illegible]reich, doch war der halbjährige Rudolf bereits tot. Die F[illegible] und das ältere Kind wurden ins Krankenhaus übergeführt. — Für 60 000 Mark Seide und Herrenkleiderstoffe gestohlen wurden aus einem am Alten Steinweg belegenen Lager. Die Diebe haben [illegible]ine Wand des Raumes durchschlagen, um in den Besitz der [illegible]rleiten zu gelangen. Sie sind mit der Beute entkommen.

Altona. Mordversuch und Selbstmord. Am Sonntag abend hat die im Hause Reichenstraße 21 wohende Ehefrau D. ihren Mann, der aus dem Felde beurlaubt war, und an seinen Standort zurückkehren sollte, aus Gram hierüber durch einen Revolverschuß in den Kopf zu töten versucht und dann die Waffe gegen sich selbst gerichtet und sich getötet. Als Montag nachmittag der Vater des D. seinen Sohn noch einmal besuchen wollte, fand er die Wohnung verschlossen. Auf häufiges Klopfen wurde ihm schließlich die Tür von seinem blutüberströmten Sohn geöffnet, der kurz zuvor das Bewußtsein wieder erlangt hatte. Die Frau muß sofort tot gewesen sein.

Altona. Kriegervereine als Helfer gegen die Sozialdemokratie. Morgen findet hier die Wahl eines unbesoldeten Senators statt für welchen Posten als aussichtsreichster Kandidat Genosse Thomas vorgeschlagen ist. Ein Teil des Bürgertums scheint große Angst vor dem Einzug eines Sozialdemokraten in den Magistrat zu haben und wendet sich deshalb mit allen Mitteln dagegen. Nun werden zu diesem Zwecke auch die Kriegervereine mobil gemacht. Der Kreis-Kriegerverband Altona hat in der Sitzung seiner Vereinsvorstände unter Vorsitz des Konteradmirals z. D. Hoepner beschlossen, seine bisherige Zurückhaltung aufzugeben und sich künftig energisch an den Gemeindewahlen zu beteiligen. Die Parole lautet: Gegen die Sozialdemokratie. Dieses Vorgehen wird zwar an den Ausgang der Wahl wenig ändern; es muß aber festgehalten werden aus dem Grunde, weil die Kriegervereinsmitglieder wiederum zu nichts anderem benutzt werden als zu Sturmkolonnen gegen die Sozialdemokratie. Das war auch vor dem Kriege so und so wird es bleiben, trotz aller Ableugnungsversuche.

Rendsburg. Durch Blitzschlag eingeäschert wurde das Gewese des Hofbesitzers Kl. Peters in Brekendorf. Während das Mobiliar gerettet wurde, ist das eben erst eingefahrene Heu verbrannt, auch kamen 4 Schweine und 3 wertvolle Jagdhunde in den Flammen um.

Gadebusch. Eine Mutter dreier Kinder vom Blitz erschlagen. In Krembz fuhr der Blitz auf dem Acker in eine Gruppe Frauen, die sich schutzsuchend am Roggen gelagert hatten. Hierbei wurde die 33jährige Witwe Emma Husfeld vom Blitze getroffen und getötet, eine andere Frau an einer Seite gelähmt. Der Ehemann der getöteten Frau ist im ersten Kriegsjahre gefallen, und die drei Kinder sind nun beider Eltern beraubt.

Harburg. Bootsunglück. Sonntag morgen unternahmen mehrere junge Leute eine Segelpartie elbaufwärts. Over gegenüber kenterte das Boot. Einer der jungen Leute ist dabei ertrunken.

Aus Nah und Fern.

Wahnsinnstat eines geisteskranken Unteroffiziers. Der allem Anschein nach plötzlich geisteskrank gewordene Unteroffizier Schirow des Lehr-Infanterie-Regiments in Berlin stellte gestern abend 8 Uhr ein Maschinengewehr, das er bei sich trug, auf der Wiese des Courbière-Platzes auf und feuerte etwa 40 Schuß ab, die in kurzer Entfernung vor dem Maschinengewehr in den Rasen gingen, sodaß zum Glück niemand zu Schaden kam. Ein Schutzmann uns mehrere Soldaten nahmen ihm das Maschinengewehr und die Patronen ab und führten ihn zur Polizeiwache des 85. Polizeireviers.

Ein Schutzverband der Kriegerwitwen. In Aschersleben hat sich ein Schutzverband der Kriegerwitwen gebildet, der durch Zusammenschluß die Interessen der Kriegerwitwen und ihrer Kinder wahrnehmen will. Es ist beabsichtigt, den Verband über ganz Deutschland auszudehnen.

Die Cholera. „Aftonbladet" erfährt von dem Ersten Stadtarzt in Stockholm, daß sechs Mann von der Besatzung des Dampfers „Angermanland", der Freitag abend aus Petersburg in Stockholm angekommen ist, an asiatischer Cholera erkrankt seien. Der Arzt betont, Stockholm sei nicht in der Gefahr einer Choleraepidemie. Ein Mann ist bereits verstorben.

Dem „Svenska Dagblad" zufolge hat die finnische Regierung die Umgegend von Petersburg für choleraverseucht erklärt.

Schlimme Folgen eines Bienenstiches. Die Frau des Schreinermeisters Winkebach in Eschwege wurde von einer Biene ins Augenlid gestochen und starb nach wenigen Minuten.

Eine Untergrundbahn ist vor einigen Tagen in Kopenhagen eröffnet worden.

Neueste Nachrichten.

Die Fernbeschießung von Paris.

Paras, 15. Juli. Reutermeldung.) Die Beschießung mit einem weittragenden Geschütz wurde am Montag wieder aufgenommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Das Kartoffelstärkemehl als Ersatz für fehlende Kartoffeln ist außer in den bereits am 14. Juli 1918 bekanntgegebenen Geschäften noch bei den Kleinhändlern

Carl Bargmann, Travemünde, Kurgartenstr. 1
Gebr. Begasse, Uhlandstr. 7

erhältlich.

Lübeck, den 15. Juli 1918. (3353

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Verkauf von süßen Kirschen.

Außer der Warenkarte 64, die noch bis zum 20. Juli ihre Gültigkeit behält, darf auf Warenkarte **69** bis auf weiteres

ein Pfund süße Kirschen

zum Preise von 75 Pfg. für das Pfund, soweit vorrätig, entnommen werden.

Wie bisher haben die Kleinhändler die Marken an die versendenden Großhändler abzuliefern. **Ohne Marken dürfen keine Kirschen verabfolgt werden.** Zuwiderhandlungen unterliegen den gesetzlichen Bestimmungen.

Lübeck, den 16. Juli 1918. (3262

Städt. Obst- und Gemüsestelle.

Verkauf von holländischen Enten.

Bis auf weiteres werden vom Markthallenaufseher werktäglich während der Zeit von 8½ Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags gegen Vorlegung eines amtlichen Ausweises Bestellungen auf holländische Enten entgegengenommen.

Der Preis beträgt Mk. 4.00 für das Pfund.

Eine Anrechnung auf die Fleischkarte findet nicht statt.

Die Ausgabe der Enten findet nur Mittwochs und Sonnabends von 8½ Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags in der Markthalle gegen Barzahlung statt.

48 **Der Ernährungsausschuß.**

Nach langem, in Geduld ertragenem Leiden verstarb in ihrem 19. Lebensjahre unsere liebe herzensgute Tochter, liebe Schwester, Schwägerin und Tante (3357

Marie Beck.

In tiefer Trauer
Asmus Beck und Frau geb. Wedemeyer.
Robert Kieckhäfer u. Frau geb. **Beck nebst Kindern.**
Luise Wienke Ww. geb. **Beck und Kinder.**
Ella Beck, Hans Beck, Anna Beck.

Lübeck, Dornestr. 26a, den 14. Juli 1918.

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 19. ds. Mts., nachm. 3 Uhr, in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes statt.

Tischler, Zimmerleute u. Schlosser

werden dauernd eingestellt von

Flugzeugbau Friedrichshafen G. m. b. H.

3349) **Werft Warnemünde.**

Täglich frische Fleischsülze

Pfd. **1.00** Mk., ohne Marken.

Lundestrasse 95 u. Markthalle, Stand 34—35.

Deutscher
Transportarbeiterverband
Ortsverwaltung Lübeck.

Den Mitgliedern die Nachricht, daß der Kollege

Heinrich Gösch

Lastadiearbeiter,

im Alter von 66 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 18. Juli d. Js., nachmittags 1¾ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Um rege Beteiligung ersucht

3358 **Der Vorstand.**

Verl. im Hansatheater od. auf dem Wege Dornestr. b. Hansastr. 1 goldene Kette m. Anh. Abzug. geg. Belohn. Hansastr. 160. (3360

Touristen-Verein „Die Naturfreunde".

Kinderwanderung

Sonntag, den 21. Juli 1918 nach der Palinger Heide.
Treffpunkt 2¼ Uhr Burgtorbrücke.
Sonntag, d. 11. August 1918 nach der Jahn-Eiche.
Treffpunkt 2¼ Uhr Burgtorbrücke.
Recht zahlreiches Erscheinen erwünscht

3356) **Der Vorstand.**

Freie Vereinigung der Kartoffel-, Obst- und Gemüsehändler Lübecks.

Außerordentliche Versammlung

Donnerstag, 18. Juli 1918, pünktl. abends 8 Uhr im großen Saale des Bürgervereins, Königstr.

Tagesordnung:

1. Geschäftliches.
2. **Die Volksversorgung mit Obst und Gemüse.**
   Vortrag des Herrn Generalsekretärs **Neubaur** vom Reichsverband Deutscher Obst- und Gemüsehändler, Sitz Berlin.
3. Allgemeine Aussprache.

Um vollzähliges, pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird mit Rücksicht auf die große Zahl der geladenen Gäste dringend gebeten.

Obst-, Gemüse- und Kartoffelhändler, die der Vereinigung noch nicht angehören, werden hiermit zu dieser Versammlung eingeladen.

3361) **Der Vorstand.**

Deutsch. Bauarbeiterverbd.

Bezirksverein Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 17. Juli abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal.
2. Antwort des Arbeitgeber-Verbandes.
3. Unsere Lohnverhältnisse zu der heutigen Teuerung.
4. Innere Verbandsangelegenheiten.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend erforderlich.

3352 **Der Bezirksvereinsvorstand.**

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der

Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Sozialdemokratische Frauen.

Ausflug mit den Kindern

am Donnerstag, dem 18. Juli nach dem Israelsdorfer Gehölz.
Treffpunkt Burgtor bei der Uhr.
Abmarsch 2¼ Uhr.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht

3359) **Das Komitee.**

Verein ehem. Mecklenburg. Grenadiere und Füsiliere.

Sonntag, d. 21. Juli 1918

Wohltätigkeits-Konzert

in der

Forsthalle, Israelsdorf

unter gütiger Mitwirkung der Schutzmannskapelle unt. Leitung des Hrn. Wachtmeisters **A. Gebert.** Kassenöffn. 3 Uhr. Anfang 4 Uhr. Eintrittskarten à 40 Pfg. im Vorverkauf bei den Kameraden: **Börncke**, Königstr. 95, **Borgwardt**, Alfendornstraße 46, I, **Draeger**, Wickedestr. 11a, **Otto**, Gr. Burgstraße 2, **Schmidt**, Hansastr. 16. An der Kasse 50 Pfg.

3351) **Der Vorstand.**

Riesen-Erfolg!

Allabendlich pünktlich 8 Uhr:

Ueber 100 Mitwirkende **„Der Hias"** Ueber 100 Mitwirkende

Ein feldgraues Spiel in 3 Akten von **H. Gilardone.**

Im 1. Akt: Hias und das Kammerkätzchen. — Die Flucht des Hias aus französischer Gefangenschaft. — Der Traum des verwundeten Leutnants.
Im 2. Akt: Der gescherte Alisi. — Das urfidele Front-Brettl.
Im 3. Akt: Das Kriegsgericht. — Die glänzende Filmeinlage: Sturm auf Schloß Mont Plaisir. (3350

Mit Riesenerfolg über 3000 mal in allen größeren Städten Deutschlands aufgeführt.

Mittwoch, 17. Juli, nachm. 3½ Uhr: Familien- und Schüler-Vorstellung bei kl. Eintrittspreis. (1.50, 1.-, -.75, -.40). Kart. f. diese Vorst. nur a. d. Theaterkasse.

Nach Schluß der Abendvorstellung verkehrt ein Straßenbahnwagen direkt nach Schwartau vom Hansa-Theater aus.

Wer Gold bringt, erhält einen guten Freiplatz!

Kartenvorverkauf: **Holstenhaus**, Holstenstr., Zigarrenhandlung **Röhrig**, Schüsselbuden, **Musikhaus Odeon**, sowie Theaterkasse von 11—1 vorm. und von 6 Uhr ab.

Hansa-Theater

Stadthallen-Theater.

(3354

Dienstag, den 16. Juli 1918:

Pension Schöller

Schwank von Karl Laufs.

Mittwoch, den 17. Juli 1918:
Zum letzten Male:

Der fidele Bauer

Operette von Leo Fall.

Donnerstag, d. 18. Juli 1918:

Das Dreimäderlhaus.

Operette von Schubert.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.